

10./VIII. 1917.

160

Freitag, 10. August 1917

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

täglich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 90%. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8890

d der Moldau.

Mitteleuropa und die Festlands- politik.

Von

Dr. Alexander Reblisch.

In Wien begannen gestern zwischen Vertretern Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei Verhandlungen über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen der vier verbündeten Reiche. Damit ist der erste Schritt zur Verwirklichung eines Gedankens getan, der nicht etwa während des Krieges neu entdeckt, aber mit erneuter Energie wieder aufgenommen worden ist: Mitteleuropa. Die Versuche, Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammenzuschließen, haben ungefähr in jenem historischen Augenblick eingeseht, in dem die Unhaltbarkeit des alten politischen Bandes feststand. Sie waren ein halb unbewußtes Tasten nach einer vollständig neuen Grundlage für den Zusammenschluß des mitteleuropäischen Gebiets, und sie sind letzten Endes der instinktiven Erkenntnis von seiner Zusammengehörigkeit entsprungen, einer Zusammengehörigkeit, die man sich lange Zeit mit nationalen Momenten erklärte, die aber in Wirklichkeit weit über den nationalen Rahmen hinausgehen. Falsch und engherzig ist es, den mitteleuropäischen Gedanken durch die Erinnerung an den Deutschen Bund kompromittieren zu wollen und durch den Hinweis auf die Bestrebungen nach einer österreichischen Hegemonie, denen der Kanzler Fürst Schwarzenberg den genialen Plan seines Ministers Brud dienstbar machen wollte.

Im Gegenteil: solange diese Tendenzen der Kabinettpolitik stark waren, solange ihnen die Wirtschaftspolitik nur als Mittel für die eigenen Zwecke galt, konnte der mitteleuropäische Gedanke gar nicht verwirklicht werden. Ein Oesterreich, das im Kriege die Sache Frankreichs und Englands gegen Rußland führte, das seine Orientpolitik Hand in Hand mit England und letzten Endes zu dessen Gunsten machte, war für die mitteleuropäische Politik nicht reif. Die politischen Voraussetzungen für mitteleuropäische Bestrebungen hat erst Bismarck zu schaffen versucht, sowohl durch die notwendige Auseinandersetzung von 1866, wie auch durch die Anbahnung des Dreikaiserbündnisses und durch die Fortsetzung dieser Politik in dem mißverstandenen Rückversicherungsvertrag. Die Verfolgung der Bismarckschen Politik würde zur Bildung eines nach außen hin unabhängigen Blocks festländischer Mächte geführt haben, der der europäischen „Gleichgewichtspolitik“, wie sie England bisher betrieben hat, ein Ende bereiten mußte. Einen Blick auf die weitere Geschichte der Entwicklung, auf die Drangsalierungen Frankreichs durch England, auf die notgedrungenen französischen Bestrebungen, sich auf dem europäischen Kontinent — nicht nur in Rußland, sondern, wenn wir es verstanden hätten, auch in Deutschland — eine Rückenbedeckung zu suchen, läßt die weiteren Folgen der Bismarckschen Politik für ganz Europa erraten.

Die Bismarckschen Pläne wissen allerdings noch nichts von einem engen Wirtschaftsbündnis, wie es heute im Vordergrund der mitteleuropäischen Bestrebungen steht; und gerade gegen diesen Teil des Zusammenschlusses wird von manchen Seiten die Abneigung Bismarcks als Autoritätszeugnis geltend gemacht. Man vergißt dabei aber, daß für die Verhältnisse der Gegenwart, und noch mehr der Zukunft, die künstliche Scheidung zwischen reiner Politik und Wirtschaftspolitik ein Unding ist; daß heute zwischen den wenigen aufstrebenden Weltreichen: Großbritannien, Nordamerika, Rußland und dem von Japan geführten Ostasien, ein Zusammenschluß europäischer Mächte mit gleichen Interessen absolute Notwendigkeit ist. Diese Interessen aber liegen heute mehr denn je auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Glaubt man wirklich, daß Bismarck sich den Folgerungen aus seinen eigenen schöpferischen Gedanken entzogen haben würde, nur weil sich das Material änderte, worin sie zur Wirklichkeit gebildet werden mußten?

Die politische Richtung Bismarcks wurde in Deutschland mit dem Augenblick seines Scheidens aus dem Amte verlassen; und wenn man später auch noch so oft einzeln herausgerissene Gedankenfragmente aus seinem Lebenswerk dazu bemühte, um die Sünden gegen seinen Geist zu rechtfertigen — den Weg zu